

Kurzportraits der wichtigsten Kandidaten des linken Spektrums: Anne Hidalgo, Yannick Jadot, Jean-Luc Mélenchon, Fabien Roussel, Christiane Taubira

(21. März 2022 – für einen detaillierten Vergleich s. <https://dfi.de/linkes-spektrum>)

Anne Hidalgo (* 1959), Kandidatin der *Parti socialiste (PS)*, ist in Spanien geboren und lebt seit ihrem dritten Lebensjahr in Frankreich. Sie hat einen Abschluss in Sozial- und Gewerkschaftsrecht und kontrollierte von 1984–1993 im Staatsdienst die Einhaltung von Arbeitsrichtlinien in Firmen. 1997–2002 arbeitete sie als Beraterin in verschiedenen Ministerien der Regierung Jospin, ab 2001 war sie Beigeordnete des Bürgermeisters von Paris. 2014 wurde sie zur Bürgermeisterin von Paris gewählt und 2020 in diesem Amt bestätigt.

Nach einem parteiinternen Auswahlverfahren wurde sie zur Kandidatin der *PS* bei der Präsidentschaftswahl 2022 bestimmt. Als einzige Bewerberin aus dem linken Spektrum spricht sie sich dafür aus, das Regelrenteneintrittsalter bei 62 zu belassen, will aber die Mindestrente auf 1.200 € monatlich anheben. Ein Schwerpunkt ihres Programms liegt auf der Bildungspolitik. U.a. soll unter Einbeziehung der Privatschulen die soziale Durchmischung an den Schulen gefördert und die Bezahlung der Lehrkräfte dem Durchschnitt anderer europäischer Länder angepasst werden.

Yannick Jadot (* 1967), Kandidat des *Pôle écologiste*, hat Wirtschaftswissenschaften studiert und im Anschluss für Nichtregierungsorganisationen in Burkina Faso und Bangladesch in den Bereichen Entwicklung und Umweltschutz gearbeitet. Von 2002–2008 war er für Greenpeace France tätig. Seit 2009 ist er für *Europe Écologie Les Verts (EELV)* Abgeordneter im EU-Parlament. 2017 zog er sich als *EELV*-Kandidat bei der Präsidentschaftswahl zugunsten des *PS*-Kandidaten Benoît Hamon zurück (der letztlich im ersten Wahlgang enttäuschende 6,36 % erzielte).

2021 gewann er die offene Vorwahl des *Pôle écologiste*, dem neben *EELV* vier weitere linksorientierte Ökoparteien angehören, und wurde so dessen Kandidat bei der Präsidentschaftswahl 2022. Als einziger prominenter Kandidat spricht er sich für ein föderales Europa aus, in dem Entscheidungen nicht grundsätzlich einstimmig, sondern auch mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden können. In seinem Programm finden sich viele Vorschläge für eine konsequentere Umwelt- und Klimapolitik, u.a. das Verbot für Neuwagen mit Verbrennungsmotor bis 2030, ein sofortiges Verbot für Flüge zu Zielen, die in vier Stunden mit dem Zug erreicht werden können, und ein Moratorium für den Flächenverbrauch ab 2025.

Jean-Luc Mélenchon (* 1951), Kandidat der Bewegung *La France insoumise (FI)*, hat Philosophie studiert und in den 1970er-Jahren als Lehrer und Journalist gearbeitet. Zwischen 1986–2010 vertrat er für die *PS* das Département Essonne 19 Jahre lang im Senat, von März 2000 bis Mai 2002 war er Minister für Berufsbildung in der Regierung Jospin. 2008 verließ er die *PS*, weil sie seiner Ansicht nach traditionell linke Positionen nicht mehr vertritt, und gründete die *Parti de Gauche* (an der deutschen Partei „die Linke“ orientiert), aus der 2016 die Bewegung *La France insoumise (FI)* hervorging. Bei der Präsidentschaftswahl 2017 verfehlte er als ihr Kandidat mit 19,6 % der Stimmen in der ersten Runde nur knapp den Einzug in die Stichwahl. Bemerkenswert war außerdem, dass er die Mehrheit bei den Wählern unter 25 erreichte.

2022 tritt er mit Unterstützung von 270.000 Bürgerpatenschaften unter dem Motto *Union Populaire* an, *FI* spielt in seinem Wahlkampf keine sichtbare Rolle. Sein Programm ist im Vergleich zu 2017 noch stärker auf den Umwelt- und den Klimaschutz ausgerichtet und weist hier große Parallelen zu dem von Yannick Jadot auf. Anders als noch 2017 spricht er sich nicht mehr für einen EU-Austritt aus, verspricht aber, sich EU-Vorgaben zu widersetzen, wenn sie die Umsetzung seines Regierungsprogramms verhindern. Im Gegensatz zu Jadot, Hidalgo und Taubira ist er für einen NATO-Austritt Frankreichs, die Gründung einer VI. Republik und damit verbunden für die Aufgabe des Präsidialsystems.

Fabien Roussel (* 1969), Kandidat der *Parti communiste français (PCF)*, war zunächst für die *PCF*-eigene Zeitung *l'Humanité* tätig, erwarb parallel dazu ein Diplom bei einer Fortbildungseinrichtung für Journalisten und arbeitete im Anschluss als Bildreporter. 1997 trat er als Berater in das kommunistisch geführte Staatsministerium für Tourismus ein und unterstützte danach als parlamentarischer Attaché verschiedene kommunistische Abgeordnete. 2017 wurde er in einem Wahlkreis an der französisch-belgischen Grenze in die *Assemblée nationale* gewählt, 2018 zum Nationalsekretär der *PCF*.

Im Mai 2021 beschließt die *PCF*, nicht wie bei den Präsidentschaftswahlen 2012 und 2017 Jean-Luc Mélenchon zu unterstützen, sondern Fabien Roussel als eigenen Kandidaten aufzustellen. Anders als die anderen Bewerber des linken Spektrums spricht er sich für eine zeitlich unbegrenzte Nutzung der Atomenergie aus, da nur sie eine kostengünstige CO₂-freie Energieversorgung ermögliche. Roussel gibt sich als Mann des einfachen Volkes, der ein allzu großes Engagement für Umweltfragen für einen Luxus hält, den sich nur Besserverdienende leisten können. Er räumt offen ein, keine Chancen auf den Gewinn der Wahl zu haben und rechtfertigt seine Kandidatur mit der nötigen Sichtbarkeit der *PCF*.

Christiane Taubira (* 1952), unabhängige Kandidatin, stammt aus dem Überseedépartement Französisch-Guayana, hat Wirtschaftswissenschaften studiert, dieses Fach bis 1982 unterrichtet und im Anschluss verschiedene lokale Wirtschaftsinstitute geleitet. 1993 gelang ihr ohne Parteiunterstützung der Einzug in die *Assemblée nationale*, der sie bis 2012 angehörte. Parallel dazu war sie von 1994–1999 Mitglied des Europa-Parlaments. Von 2012–2016 war sie Justizministerin unter der Präsidentschaft François Hollandes und brachte in dieser Eigenschaft Gesetze in das Parlament ein, die die gleichgeschlechtliche Ehe ermöglichen und die Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit einstufen.

Im Oktober 2021 sprachen sich 130.000 Internetnutzer für sie als gemeinsame Kandidatin der Linken aus, im Januar 2022 gewann sie als einzige etablierte Politikerin, die bereit war, sich dieser Wahl zu stellen, die offene Vorwahl *Primaire populaire*. Am 14. Februar erklärte der Präsident der gemäßigten Linkspartei *Parti radical de gauche*, der Taubira seit 2001 angehört, dass der Versuch, die Linke zu einen gescheitert sei, und die Partei deshalb nicht länger ihre Kandidatur unterstützten wird. Am 2. März hat sie ihre Kandidatur wegen fehlender Unterstützungsunterschriften (s. <https://dfi.de/Patenschaften>) zurückgezogen.